

# Imperialismus plündert Entwicklungsländer aus

*Welche Gründe gibt es dafür, daß in vielen Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Rückständigkeit, Armut und Hunger zunehmen, daß die Auslandsverschuldung weiter anwächst?*

Harald Neuhaus

Propagandist, VEB Piko Sonneberg

Fast täglich erreichen uns Meldungen über eine Verschärfung der ökonomischen und sozialen Situation in den Entwicklungsländern. Die Lage in diesen Ländern wird mehr und mehr zu einem Gegenstand internationaler Besorgnis. So mußte die UN-Vollversammlung auf ihrer jüngsten Tagung erneut feststellen, „daß Hunger und Unterernährung seit der Welternährungskonferenz 1974 zugenommen haben und daß sich die Zahl der Menschen, die an Hunger und Unterernährung leiden, in den 80er Jahren erhöht hat ...“ Die Diskrepanz zwischen den Entwicklungsländern und den entwickelten Industriestaaten wächst: Massenarmut, Arbeitslosigkeit, chronischer Hunger von mehr als 400 Millionen Menschen und ein Schuldenberg von 1,24 Billionen Dollar, der 1988 auf den Entwicklungsländern lastete, gehören zu den Auswüchsen kolonialer und neokolonialer Politik der imperialistischen Industriestaaten. Wo liegen die Ursachen für diese Entwicklung?

In ihrem Ringen um Gleichberechtigung und gerechte Behandlung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen sind die rund 120 Entwicklungsländer der Welt nach wie vor mit der neokolonialistischen Politik der imperialistischen Länder und ihrer internationalen Monopole konfrontiert. Das ergibt sich sowohl aus der ehemals kolonialen Einbindung der Entwicklungsländer in

das Geflecht kapitalistischer Weltwirtschaftsbeziehungen als auch aus den weiterbestehenden ökonomischen Abhängigkeiten von diesem Wirtschaftssystem. Seit dem Zusammenbruch des Kolonialsystems versuchen die ehemaligen „Mutterländer“, der Imperialismus, mit allen Mitteln, die verbleibenden Positionen zu behaupten und zu erweitern, um sie im Interesse des Monopolkapitals weiterhin auszunutzen zu können.

Den verstärkten Anstrengungen der Entwicklungsländer, diese Situation grundlegend zu verändern, begegnet der Imperialismus mit immer neuen Konzepten der politischen und ökonomischen Erpressung. Dabei ist er gezwungen, sein Instrumentarium zur Reproduktion von Ausbeutung, Abhängigkeit und Rückständigkeit der Entwicklungsländer ständig zu verfeinern und nach neuen Wegen und Methoden zur Ausplünderung dieser Länder zu suchen. Wie geht er dabei vor?

• Zu der von den imperialistischen Industrieländern durchaus nicht nur aus uneigennütigen Motiven gewährten sogenannten Entwicklungshilfe kommen private Geldgeber, die, auf keinen Fall aus Menschenliebe, Kapital in Anlagen investieren. Die bereitgestellten Mittel reichen weder für grundlegende Wandlungen zum Aufbau nationaler Wirtschaftszweige noch zu einschneidenden Verbesserungen in der

Infrastruktur. Das ist auch nicht das Ziel der Kreditvergaben. Angestrebt wird die bestmögliche Verwertung des eingesetzten Kapitals und die Erreichung von hohen Dividenden. Im Ergebnis dieser praktizierten Finanz- und Kreditbeziehungen werden permanent neue Abhängigkeitsverhältnisse reproduziert. Heute hat sich die unhaltbare Situation herausgebildet, daß die Entwicklungsländer insgesamt unter dem Strich mehr an die imperialistischen Banken und Finanzinstitutionen zurückzahlen müssen, als sie vorher erhielten oder an neuen Mitteln in Aussicht gestellt bekommen. Diese Abhängigkeit hat allein seit 1984 dazu beigetragen, daß etwa 140 Milliarden Dollar mehr aus den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in die Hände der kapitalistischen Geldverleiher fließen, als sie zuvor erhalten hatten.

• Ausgeprägt ist, daß der Imperialismus über diesen direkten finanziellen Nutzen aus der Zwangslage der Entwicklungsländer hinaus anstrebt, wirtschaftspolitische Zugeständnisse zu erpressen. „Prominenteste“ Vertreter der Auflagenpolitik, die mit der Vergabe neuer Kredite verknüpft wird, sind der Internationale Währungsfonds und die Weltbank. Wie die Praxis sogenannter „Sanierungskonzepte“ beider Institutionen zeigt, werden Auflagen an die Schuldner und Kreditnehmer erteilt, die selbst in innere Angelegenheiten der jeweiligen Staaten eingreifen: Aufhebung staatlicher Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel, Einfrieren und Abbau der Löhne, Reduzierung der Ausgaben für Soziales, Streichung von Staatsausgaben und anderes mehr.

• Ein weiteres Feld neokolonialistischer Ausplünderungspolitik ist der Technologietransfer zwischen den imperialistischen Monopolen, ihren Filialen und den Entwicklungsländern. Unter Ausnutzung der bestehenden ökonomischen Abhängigkeit verlagern